

Eine Versammlung in Linz gegen die Zentralen.

Aus Linz wird uns berichtet: Nachdem in Oberösterreich in letzter Zeit schon verschiedene Organisationen gegen den Weiterbestand der Zentralen Stellung genommen hatten, berief der hiesige Sparkassenbeamtenverein kürzlich eine Versammlung in den Bildersaal des kaufmännischen Vereinshauses ein, in der Bezirksvorsteher Dr. Blasel aus Wien über die Notwendigkeit des Abbaues der Zentralen und die Ursachen der Teuerung ein Referat erstattete. Dr. Blasel, der mit lebhaftem Beifall begrüßt wurde, führte unter anderm aus: Zu Kriegsbeginn sei nicht viel geschehen, um die konsumierende Bevölkerung zu schützen, während man in Deutschland die Sache gleich ernsternahm und sofort mit der zentralen Bewirtschaftung wichtiger Artikel begann. Bei uns habe man Höchstpreise festgesetzt und damit jedesmal erreicht, daß die betreffenden Waren bligartig verschwanden. Zwei Jahre später habe man in Oesterreich die Zentralen nachgeahmt, die Waren aber, statt sie dem Handel zu übergeben, ausschließlich den Organisationen der Industrie überlassen. Die zentrale Bewirtschaftung hätte die Erhöhung der Produktion bringen, die Waren erfassen, gerecht verteilen und die Preise verbilligen sollen. Statt dessen entstand aber eine Kartellwirtschaft, durch die die Preise erhöht und Handel und Gewerbe zugrunde gerichtet wurden. Nachdem Dr. Blasel an der Tätigkeit der einzelnen Zentralen schärfste Kritik geübt hatte, fuhr er fort: Die Folgen unserer Zentralenwirtschaft seien die Entwertung des Geldes. Durch die schweren Schäden, die dem Handel und den Fixbesoldeten durch die Zentralen zugefügt werden, werde der ganze Mittelstand proletarisiert und in die Hände der Sozialdemokratie getrieben werden. „Wir sind heute nicht gegen die Zentralen, denn bei dem gegenwärtigen Mangel muß eine Hand regulierend in den Verkehr eingreifen. Aber es sollen alle Schichten der Bevölkerung darinnen vertreten sein: Erzeuger, Handelstreibende und Konsumenten, damit die Interessen aller gewahrt werden.“ Redner wandte sich hierauf gegen die Sozialdemokratie und schloß unter dem Beifall der Versammlung: Die Gefahr, daß die Zentralen auch noch nach dem Kriege weiterbestehen bleiben, sei groß. Das erwerbende Bürgertum müsse deshalb aufstehen und erklären: „Bis hieher und nicht weiter!“ Seine Abgeordneten aber müssen an ihre Pflicht der darbenenden Bevölkerung gegenüber erinnert werden.